

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
13 / 2006

## **Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Toleranz?**

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2005
- MUSICA PRO PACE 2005
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

*Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche:*

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Dr. des. Daniela De Ridder, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Dr. Rolf Düsterberg, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
Priv.doz. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Peter Mayer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachhochschule Osnabrück  
Prof. em. Dr. Reinhold Mokrosch, Ev. Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotoxikologie, Fachhochschule Osnabrück  
Priv.doz. Dr. Thomas Schneider, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Wulf Eckart Voß, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

*Verantwortlicher Redakteur:* Dr. Henning Buck

*Redakt. Mitarbeit:* Andrea Dittert, Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Silke Voss

*Einband:* Tevfik Göktepe, Atelier für Kommunikationsdesign, unter

Verwendung der »Komposition Nr. 118« von Friedrich Vordemberge-Gildewart

(Osnabrück 1899 – 1962 Ulm) aus dem Jahr 1940. Mit freundlicher Genehmigung:

© Kunsthaus Lempertz, Köln

*Mit Dank für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche an:*

– die Oldenburgische Landesbank AG

– die RWE Westfalen-Weser-Ems AG

– den Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

*Redaktionsanschrift:* Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben / Schloss, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 4766

ofg@uni-osnabrueck.de – www.friedensgespraeche.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2006

© 2006 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN 10: 3-89971-337-0

ISBN 13: 978-3-89971-337-4

ISSN: 0948-194-X

[nur Buchhandelsausgabe]

## Inhalt

Vorwort der Herausgeber . . . . .	7
Editorial: <i>Toleranz – ein Ideal verblasst</i> . . . . .	9

### I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2005

<i>Europa quo vadis? – Regierbarkeit, Demokratie und Friedensfähigkeit der EU</i> Mit Gesine Schwan und Volker Rittberger . . . . .	19
<i>Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Duldsamkeit?</i> Mit Manfred Lahnstein und Ernst G. Mahrenholz . . . . .	41
<i>Gesundheit: Ware oder öffentliches Gut?</i> Mit Ellis Huber und Karl Lauterbach. . . . .	61
<i>Wie gehen wir mit dem Fundamentalismus um?</i> Mit Karl Kardinal Lehmann und Nadeem Elyas. . . . .	81
Mart Laar, Tallinn <i>Europa sieht Deutschland: Die baltische Perspektive</i> . . . . .	109
<i>Positionsbestimmung für die deutsche Außenpolitik – Schritte zu einer neuen Weltfriedensordnung</i> Mit Wolfgang Schäuble, Claudia Roth, Klaus-Peter Siegloch . . . . .	125

### II. GMUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2005

Stefan Hanheide, Osnabrück » <i>Erinnerung an 1945</i> « – Olivier Messiaen: » <i>Et expecto resurrectionem mortuorum</i> « und Johannes Brahms: » <i>Ein deutsches Requiem</i> «. . . . .	149
---	-----

### III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Jochen Oltmer, Osnabrück  
*Aktive Intoleranz und beschränkte Duldung:  
Osteuropäische Juden in der Weimarer Republik* . . . . . 159

Reinhold Mokrosch, Osnabrück  
*Djihad – Religion und Gewalt* . . . . . 173

Klaus von Beyme, Heidelberg  
*Kulturelle Vielfalt und demokratische Konfliktbewältigung* . . . . . 183

### IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 207  
Abbildungsnachweis . . . . . 213

## Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Duldsamkeit?

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität  
am 26. April 2005

<i>Prof. Dr. Manfred Lahnstein</i>	Bundesminister a.D., Professor für Kultur- und Medienmanagement an der Hochschule für Musik und Theater, Hamburg
<i>Prof. Dr. Ernst G. Mahrenholz</i>	Verfassungsrechtler, Vizepräsident a.D. des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe
<i>Daniela De Ridder</i>	Fachhochschule Osnabrück – Gesprächsleitung

*Daniela De Ridder:* Mit drei Schlaglichtern auf dieses aktuelle Thema möchte ich einleiten: Nachdem das so genannte ›Kopftuch-Urteil‹ bereits im letzten Jahr die vorausgegangene Entlassung einer muslimischen Lehrerin aus dem Schuldienst bestätigte, ist in diesen Tagen zu erfahren, wie ein Bundestags-Untersuchungsausschuss die Vergabe von Einreise-Visa von der Ukraine nach Deutschland überprüft. Eine Skandalisierung des Themas war der Bildung dieses Ausschusses vorangegangen. Aber haben die Beschuldigten eigentlich etwas anderes getan, als die ›Offene Gesellschaft‹, die Zivilgesellschaft, zu verteidigen?

Gerade fand die Wahl eines neuen Papstes statt, der umgehend nach seiner Amtseinführung für einen verstärkten Dialog mit den Muslimen plädierte, für mehr Toleranz, für mehr Duldsamkeit. Zugleich meinte der Bewerber um das Amt des Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen, *Jürgen Rüttgers*, die Frage, ob die katholische Kirche und ihr Menschenbild anderen Religionen überlegen sei, für sich bejahen zu sollen.

Als drittes Schlaglicht sei an den Mord an *Hatun Sürücü* erinnert. Sie starb im Februar dieses Jahres in Berlin – ermordet auf offener Straße. Der Tat verdächtigt wurden ihre drei Brüder, in deren Augen sie die Ehre der Familie durch ihre Flucht aus einer zwangsweise geschlossenen Ehe verletzt

hatte. Ebenso beklemmend wie dieser Mord an der jungen Kurdin waren die Solidaritätsbekundungen für ihre Brüder aus deren Schule.

Hier ist zu fragen, ob Duldung und Toleranz, die unsere Gesellschaft praktizieren, vielleicht sog. *Ehrenmorde* und Selbstjustiz erst ermöglichen. Ist diese Entwicklung unter dem Banner der ›Multikulturalität‹ schon viel zu weit gegangen? Haben sich unter diesem Etikett nicht auch Frauenfeindlichkeit und patriarchalische Parallelgesellschaften entwickelt? Müssten wir nicht der Duldsamkeit unserer Gesellschaft die Schranken aufzeigen und Mördern und befremdlichen Ehrenkodexen entgegentreten?

Herr Lahnstein, Sie haben die Folgen von Intoleranz auch persönlich verspüren müssen. Das geht z.B. aus Ihrem Buch *Massel und Chuzpe* hervor, in dem Sie das Schicksal Ihrer Schwiegereltern darstellen. Dennoch sind Sie ein Verfechter der Toleranz in unserer Gesellschaft.

Welchen Weg empfehlen Sie angesichts der skizzierten Problematik?

*Manfred Lahnstein:* Während der letzten Jahre habe ich mich eingehend mit dem Thema ›Globalisierung‹ beschäftigt. Dabei bin ich bald zu der Überzeugung gelangt, dass, wenn wir die vielfältigen *kulturellen* Aspekte der Globalisierung nicht ausreichend beachten, wir gedanklich, aber auch vom Handeln her – zu kurz greifen. Parallel dazu hatte ich die Möglichkeit, mit *Helmut Schmidt*, *Hans Küng* und anderen so wichtige Fragen wie ›Menschenrechte versus Menschenpflichten‹ und das Projekt ›Weltethos‹ zu diskutieren. Ich muss gestehen, dass ich mit derartigen Ansätzen bis heute große Schwierigkeiten habe, wie sehr ich auch deren Urheber bewundere. Und bei der ›Goldenen Regel‹ – Was Du nicht willst, dass man Dir tu ... – oder beim »Kategorischen Imperativ« *Kants* oder bei der *Ringparabel* von *Lessing* wollte ich nicht stehen bleiben.

Schließlich beschäftigt mich immer wieder die Frage, wie man heute eine besondere Verpflichtung des Bürgers für die *res publica* über den Gang zur Wahlurne und eine ausreichende Steuergerechtigkeit hinaus begründen kann. Die Frage ist für mich also: Wenn wir heute Patrioten sein wollen: auf welcher Grundlage wollen wir dann bauen?

Dann kam das schreckliche Geschehen des 11. September 2001 und dessen Auswirkungen hinzu. Ich war und bleibe überzeugt, dass die geistige Auseinandersetzung mit Terrorismus, Fundamentalismus und deren Wurzeln nicht primär mit Bezug auf kulturelle Vielfalt oder den Verweis auf die Notwendigkeit eines interreligiösen Dialogs geführt werden kann. Andererseits wollte ich aber auch nicht so wohlfeilen Parolen folgen wie der These vom *Clash of Civilizations* des *Samuel Huntington*.

Schließlich kam mir ein gedruckter Vortrag unter dem Titel *Über den Zusammenprall von Kulturen* in die Hand, gehalten 1981 von dem großen

humanistisch-jüdischen Philosophen *Karl Popper*, also viele Jahre vor Huntington. Popper sagt damals:

»Ich glaube, dass unsere abendländische Zivilisation, trotz allem, was man mit vielem Recht an ihr aussetzen kann, die freieste, die gerechteste, die menschlichste, die beste ist, von der wir aus der Geschichte der Menschheit Kenntnis haben.«

Dann folgt ein zentraler Satz: »Sie ist die beste, weil sie die verbesserungsfähigste ist.«

So weit meine ersten Gedankengänge zum Thema, die hier nur in aller Kürze darstellbar sind. Ich gehe dabei von folgenden Beobachtungen aus:

*Erstens:* Wir reden, wenn wir über uns und andere reden, nicht über Identität, sondern über Identitäten.

*Zweitens:* Unter den wichtigen Identitäten steht die *kulturelle* obenan. Aber auch sie ist in vielfacher Hinsicht einem ständigen Wandel unterworfen, sodass wir mit Festlegungen sehr vorsichtig sein müssen.

*Drittens:* Auch die Berufung auf kulturelle Identität taugt allein nicht für gesellschaftlich-politische Gestaltung, denn wir kommen um *bewusste Wertentscheidungen* nicht herum. Ich finde dafür die Grundlage in den Werten unserer abendländischen Säkularisation oder auch im Grundrechtokatalog unserer Verfassung.

*Viertens:* Deshalb hat für mich Patriotismus *Verfassungspatriotismus* zu sein. Und für mich sind die Grenzen der Duldsamkeit dort erreicht, wo andere – auch andere Kulturen – diese Grundlage nicht akzeptieren. Ich möchte nämlich, dass meine Kinder und Enkelkinder in einer Gesellschaft leben können, die von den gleichen Grundwerten geleitet ist, die auch mich geleitet haben.

Zu meiner ersten Beobachtung: Wir reden nicht über Identität, sondern über Identitäten, also über *Vielfalt*. Die Philosophie hat sich über Jahrhunderte mit dem Thema ›Identität‹ auseinander gesetzt. Die allgemein akzeptierte Schlussfolgerung daraus lautet: Im streng philosophischen Sinne kann man von Identität nicht sprechen. So will ich stattdessen den Begriff der »Sozialen Identität« von *Habermas* benutzen, mit dem die Zugehörigkeit eines Individuums zu verschiedenen Bezugsgruppen bezeichnet ist.

Diese Zugehörigkeit schafft nun aber eine Vielzahl und Vielfalt von Identitäten, deren eine die Identität im Kulturellen ist. Es ist aber unmittelbar einsichtig, dass für jeden von uns diese kulturelle Identität sich situationsbedingt ändert und ständigem Wandel unterliegt. Dieser Wandel vollzieht sich unterschiedlich rasch. Es gibt langlebige Konstanten, wie frühkindliche Einflüsse, religiöse Gruppenüberzeugungen oder einen prägenden Heimatbezug. Wandel und Vielfalt aber sind die Regel.

Wie steht es nun mit der kulturellen Identität von größeren Gruppen, von Städten, von Völkern, von Nationen? Über diese Frage ist viel diskutiert und spekuliert worden. Dabei lässt sich der grundlegende Tatbestand recht einfach beschreiben: Jede Gruppe von Menschen braucht ein Mindestmaß an *Identifikation*, um sich von anderen Gruppen unterscheiden zu können, um die für die Kontinuität der Gruppe überlebenswichtige Kohäsion zu sichern. Diese Identifikation schafft Identitäten, auch kulturelle.

Andererseits ist die gleiche Gruppe ständigen Einflüssen von außen ausgesetzt. Sie rühren im Wesentlichen aus dem Kontakt mit anderen Gruppen her. Deshalb gilt die Beobachtung sich wandelnder Identitäten auch für Gruppen, also auch für Völker oder Nationen. Wer aber diesen Prozess eines ständigen Wandels kultureller Identität hin zur kulturellen Vielfalt bremsen oder gar einfrieren will – aus welcher Ecke auch immer –, der betreibt nichts anderes als kulturelle *Verarmung* – so viel nur zu Reizvokabeln wie jener von der ›nationalen Leitkultur‹.

Das wird übrigens nirgendwo deutlicher als an dem Punkt, der zu Recht als Anker jeder kulturellen Identität gilt: die Sprache. Ein englischer Wissenschaftler hat anhand seiner Muttersprache dargelegt, dass auch die Identität stiftende Wirkung der Sprache nur dann richtig beschrieben werden kann, wenn man vom Prinzip des kulturellen Wandels und kultureller Vielfalt ausgeht.

Seine Thesen und anschaulichen Belege:

- Sprachen respektieren keine Staatsgrenzen: Wir kennen die Schweiz und Belgien, wo sich jeweils ein Staatsvolk mehrerer Sprachen bedient, drei in Belgien und vier in der Schweiz. Und obwohl die englische Sprache in mehreren Ländern der Welt Muttersprache ist, wird man von kultureller Identität zwischen diesen Ländern kaum sprechen können.
- Die Sprache ist nicht zwangsläufig eine Grundlage für staatliche Machtstrukturen. Von der Eroberung durch die Normannen im Jahre 1066 bis zum Jahre 1399, also über 330 Jahre hinweg, hat kein König von England englisch gesprochen. Und auch im 18. Jahrhundert holten sich die Briten *Georg I.* aus Hannover, der dreizehn Jahre lang regierte, ohne die Sprache seiner Landeskinder zu sprechen oder zu verstehen.
- Selbst dort, wo von Nationalsprache so häufig die Rede ist, muss man genauer hinsehen, z.B. in den USA. Noch im Jahre 1890 hat es in den USA mehr als achthundert deutschsprachige Zeitungen gegeben. Heute ist dagegen das Spanische auf dem Vormarsch – nicht nur im Süden Floridas oder in Kalifornien.
- Wenn wir über Sprache reden, reden wir in Wirklichkeit über *Sprachen*, in der Mehrzahl, selbst dort, wo es nur eine Sprache zu geben scheint. In *George Bernard Shaws* Komödie *Pygmalion* stellt Professor *Higgins* die kühne Behauptung auf: »*I could place any man in London within*



*two miles*«. Dabei ist klar, dass diese Differenzierung durchaus nicht nur geographisch gemeint ist, sondern eben auch soziale Aspekte hat.

Die Identität stiftende Kraft der Sprache soll hier zwar nicht bestritten, aber doch relativiert werden. Denn wenn selbst die Sprache nicht ausreicht, um die eine, singuläre ›kulturelle Identität‹ zu definieren, dann verschwimmt dieser Begriff erst recht, wenn andere, noch weniger eindeutig bestimmbar Aspekte herangezogen werden. Ein derartig differenziertes, gefühlsbehaftetes und sich immer wieder veränderndes Phänomen wie das der kulturellen Identität taugt mithin kaum als Grundlage ethisch-normativer Festlegungen.

Nun wäre der Begriff der kulturellen Identität nicht annähernd ausgeschöpft, wenn darunter nicht auch *religiöse* Aspekte betrachtet würden. Über lange Zeit ist in Europa die Religion für die Ausprägung kultureller Identitäten wirkräftiger gewesen als selbst die Sprache. Heute

noch gibt es – man denke an die islamische Welt, aber ebenso an das Judentum – Kulturen, die sich selbst ganz wesentlich, bis in die Rechtsordnung hinein, durch die Bindung an eine bestimmte Religion definieren.

Bei uns liegen die Verhältnisse heute zweifellos anders: Die in Art. 4 unseres Grundgesetzes verbrieft Glaubens- und Bekenntnisfreiheit bezieht sich eben nicht nur auf unterschiedliche religiöse Bindungen. Sie bezieht auch diejenigen ein, die eine derartige religiöse Bindung für sich selbst ablehnen. Selbstverständlich gibt es bei uns eine Politik aus christlicher Gesinnung, und ein Weltbild ist verbreitet, das auch durch Religion geprägt ist. Aber mit ›religiöser Einbindung‹ ließe sich eine kulturelle Identität



Manfred Lahnstein

tät unserer Gesellschaft ebenso wenig beschreiben, wie daraus gesellschaftliche oder rechtliche Normen begründet werden könnten – jedenfalls nicht im Rahmen unserer Verfassung.

Der bewusste Einsatz für die *res publica* – und diesen allein nenne ich Patriotismus – lässt sich auf diese Weise nicht begründen, und deshalb trete ich dafür ein, Patriotismus im Kern auf die Verfassung zu bauen. Symbole, Emotionen mögen, werden und sollen dieses Fundament ergänzen und abrunden, können es aber nicht ersetzen. Unser Grundgesetz und insbesondere der Katalog der Grundrechte beschreiben eben keine Identitäten, und schon gar keine deutsche oder nationale. Es ist vielmehr eine ständige Aufforderung, die inneren und äußeren Verhältnisse anhand dieser Grundrechte aktiv zu gestalten. Dieser Aufforderung können wir aber nur nachkommen, wenn wir die Grundrechte immer auch als *Grundwerte* verstehen, für die es sich einzusetzen lohnt. Und die Verfassung verpflichtet uns für den Fall des Wertekonfliktes ganz eindeutig auf den zentralen Wert der *Menschenwürde*.

Gewiss kann niemand dazu verpflichtet werden, sich für die *res publica* einzusetzen. Aber jeder einsichtige Mensch wird zu dem Schluss kommen müssen, dass es anders nicht geht. Überleben und Entwicklung jeder Gruppe von Menschen hängt von dem ab, was die amerikanische Soziologie als *Community Building* bezeichnet. Werden die *Instrumente* dieses *Community Building* vernachlässigt, so gerät der innere Zusammenhalt der betreffenden Gruppe so sehr in Gefahr, dass die Gruppe selbst in Gefahr gerät. Wenn Karl Popper über die Stärke der abendländischen Zivilisation spricht, dann meint er genau dies: Die Ziele des *Community Building* in einer Weise zu definieren und zu verfolgen, welche auf Wertvorstellungen beruht, die gleichzeitig ein Leben nach Grundwerten ermöglichen, ohne genau dieses Leben bei anderen in Frage zu stellen. Das behandelt die moderne Philosophie unter solchen Titeln wie ›Diskursethik‹ oder ›Suche nach Letztbegründungen‹. Je mehr Tradition und Religion an Überzeugungskraft verlieren, desto dringlicher wird es, ein derartiges Fundament zu finden, also eine Art ›Höchste Instanz‹ in neuem Gewande, die nicht nur der praktischen Vernunft des Einzelnen entspringt, sondern immer auch der Gemeinschaft der Vernünftigen. Das ist die Grundlage des Popperschen Denkens und auch des von *Hans Jonas* formulierten »Prinzips Verantwortung«, und dazu will ich mich gerne bekennen.

Bezogen auf den größeren Zusammenhang, den *Karl Popper* als »Zusammenprall von Kulturen« bezeichnet hat, ist damit auch die Frage nach dem Ursprung unserer eigenen, der europäisch-abendländischen Kultur gestellt. Diese Kultur hat ihre älteste und tiefste Wurzel in der griechischen Kultur, die selbst keineswegs homogen gewesen ist. Es zeigt sich am Beispiel der Griechen auch, dass ein Zusammenprall vielfältiger Kulturen

durchaus nicht immer zu blutigen Kämpfen und zerstörerischen Kriegen führen muss, sondern dass ein solches Zusammentreffen Anlass zu einer ungemein fruchtbaren Entwicklung sein kann. Gleiches lässt sich vom Zusammenprall der griechischen mit der römischen Kultur sagen oder von der Wechselwirkung römischer Zivilisation und christlicher Moralvorstellungen. Später kamen germanische und slawische Einflüsse dazu, und über Jahrhunderte hinweg haben sich abend- und morgenländische Kultur zwar oft bekämpft, aber immer auch befruchtet. Auch jüdische Vorstellungen sind aus der Geschichte unserer europäischen Kultur nicht wegzudenken. Schließlich hat die *Aufklärung* die Entwicklung seither in großartiger Weise bereichert und eine zivilisatorische Gesamtleistung ermöglicht, die in der Menschheitsgeschichte einmalig ist und längst über Europa hinaus wirkt, wie beim Thema Globalisierung unmittelbar deutlich wird.

Zwei Warnungen sind hier allerdings angebracht: Einerseits kann der Zusammenprall von Kulturen natürlich zu furchtbaren Verwerfungen führen; auch Auschwitz ist Bestandteil der europäischen-abendländischen Kulturgeschichte. Andererseits darf die Wertschätzung unserer eigenen Kultur sich immer nur darauf gründen, dass diese sich bisher systemisch als verbesserungsfähig erwiesen hat. Grundlegend ist für mich die Kombination aus einer Werteordnung, die auf Menschenwürde und Menschenrechten aufbaut, einer daraus folgenden freiheitlichen und gerechten Ordnung der Gesellschaft, sowie einer Ordnung der *res publica* nach dem demokratischen Prinzip. Wo immer das gelingt, lässt sich nicht nur materielle Zivilisation, sondern auch wissenschaftliche und geistige Kultur fortentwickeln. Auch der äußere Frieden lässt sich auf diese Weise besser sichern als auf jede andere Weise: noch nie in der Geschichte hat es einen Krieg zwischen zwei funktionierenden Demokratien gegeben.

Wo liegen aber nun die Grenzen der Duldsamkeit?

*Karl Popper* sagt in dem erwähnten Aufsatz: »Die menschliche Gesellschaft braucht den Frieden, aber sie braucht auch ernste ideelle Konflikte: Werte, Ideen, für die wir kämpfen können. In unserer abendländischen Gesellschaft haben wir es gelernt,« – ich füge hinzu, das ist mehr als mühsam gewesen – »dass man das nicht so gut mit Schwertern, sondern weit besser und nachhaltiger mit Wörtern tun kann; und am allerbesten mit vernünftigen Argumenten.«

Dieser Kampf muss sich gegen zwei ganz unterschiedliche Arten von Gegnern richten, und zwar zum einen gegen diejenigen, die in postmoderner Beliebigkeit jeden Wertebezug so relativieren, dass er am Ende völlig verschwunden ist und einem unverbindlichen »Dialog der Kulturen« oder »Gespräch der Religionen« Platz macht. Er muss sich andererseits gegen diejenigen richten, die sich unter Bezug auf Glaubensgrundsätze oder das Axiom einer vorgeblichen ›kulturellen Identität‹ auf eine Position zurück-

ziehen, die die argumentative Auseinandersetzung über Werte unmöglich macht. Gegenüber beiden *Gegnern unseres kulturellen und zivilisatorischen Erbes* sollten wir die Grenzen unserer Duldsamkeit postulieren und artikulieren. Der viel beschworene »interkulturelle Dialog« steht im Übrigen vor der Frage, worüber dabei eigentlich dialogisiert werden soll. Es darf sicher nicht das Motto gelten: »Schön, dass wir wieder einmal miteinander gesprochen haben«. Allzu oft aber wird man an den Spruch erinnert: »Alles verstehen heißt alles verzeihen«. Das aber heißt für mich nicht Dialog; solche Gespräche sind Alibi-Veranstaltungen von ›Gutmenschen‹.

Wenn der interkulturelle, auch der interreligiöse Dialog zu etwas führen soll, dann muss er zu dem vorstoßen, was die betreffenden Kulturen mehr als alles andere zusammenhält – nämlich die jeweilige Werteordnung, wie immer sie auch definiert sein mag. Wenn wir aber zu diesem Punkt kommen, merken wir rasch, dass diese Werteordnungen auf bedeutsame Weise unterschiedlich sind. Dieser Unterschied lässt sich auch unter Berufung auf ›globale‹ Werte oder ›globale‹ Ethik nicht hinweg argumentieren.

Dies wird klar am Beispiel des interreligiösen Dialogs, insbesondere unter den drei monotheistischen Religionen. Vor dem geistesgeschichtlichen Hintergrund seiner Zeit waren die Ringparabel in *Lessings Nathan der Weise* und der in ihr enthaltene Appell zum gegenseitigen Verständnis und zur Toleranz eine bemerkenswerte Leistung. Lessing ließ allerdings einen wesentlichen Umstand außer Acht, mit dem wir uns heute zunehmend beschäftigen müssen: Alle drei monotheistischen Religionen sind Offenbarungsreligionen. Wenn wir ehrlich und redlich argumentieren, so müssen wir anerkennen, dass die jeweiligen Offenbarungen unvereinbar sind. Das Beste, was wir erreichen können, wäre eine geordnete, friedliche und möglichst kooperative *Koexistenz* zwischen den auf den monotheistischen Religionen errichteten Werteordnungen. Das wäre dann eine positive Ausprägung des ›Zusammenpralls der Kulturen‹.

Die andere Grenze der Duldsamkeit wird erreicht, wenn einzelne Werteordnungen als sakrosankt postuliert und damit bewusst aus jedem ernsthaften Dialog herausgenommen werden. Noch schlimmer ist es, wenn die sich daraus ergebenden Rechts- und Kulturnormen aggressiv vertreten und mit allen Mitteln – auch gewaltsam – durchgesetzt werden. Derzeit gilt das vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, für den Islam. Hier müssen wir Verfassungspatrioten im besten Sinn sein und widerstehen.

Die britische Zeitung *Economist* hat einmal provokant formuliert: »*The west can live with the Islam. But can Islam live with the west?*«

Natürlich gibt es auch im abendländischen Kulturkreis geistige Strömungen, die mit meinem Verständnis und meiner Werteordnung nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Auch bei uns gibt es Anhänger totalitärer Staats- und Gesellschaftsformen, ebenso wie Verfechter eines Gottes-

staates christlicher oder jüdischer Prägung. Aber derartige Strömungen sind zu Randerscheinungen geworden. Das ist in der islamischen Welt anders, wobei ich wohlgerne nicht von Fundamentalisten, Extremisten oder gar Terroristen spreche. Insgesamt sind Denken und Handeln im Islam von drei Grundüberzeugungen geprägt, die man weder übersehen noch gleichgültig abtun kann: Ich meine die *Scharia*, den *Djihad* und die *Dhimma*. Wie immer diese islamischen Grundsätze im Einzelnen ausgelegt werden mögen, diese Wertewelt lässt sich mit der des Abendlandes nur sehr schwer in Übereinstimmung bringen. Wer der Scharia gehorcht, kann sich nicht dem Grundgesetz unterwerfen. Die Dhimma ist Gegenpol zu unserer Überzeugung von der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen. Und der Djihad entspricht nicht den Anforderungen eines wirklichen Dialogs zwischen Kulturen und Religionen.

Diese eher betrüblichen Feststellungen machen nun die geistige Auseinandersetzung nicht weniger notwendig, und sie ist auch nicht durch Polizeimaßnahmen ersetzbar. Die klare Einsicht, dass wir diese Auseinandersetzung von unserer eigenen Werteposition her führen müssen, dass wir uns nicht mit der Gegenüberstellung vorgegeblicher kultureller Vielfalt oder kultureller Identitäten zufrieden geben dürfen, macht die Auseinandersetzung aber *ehrlicher*. Und dazu sind wir aufgefordert, wenn uns an Bewahrung und Entwicklung unserer eigenen kulturellen und ethischen Grundlagen wirklich liegt.

*Daniela De Ridder*: Wie kann es uns denn gelingen, Herr Mahrenholz, zu einer ›kooperativen Koexistenz‹ zu kommen, wenn unter den Beteiligten offensichtlich Prinzipien herrschen, die unvereinbar sind? Sie haben als ehemaliger Kultusminister mehrfach öffentlich deutlich gemacht, dass Sie wenig vom Verbot des Kopftuchtragens in Schulen halten. So werden Sie auch zitiert mit dem Satz: »Es gibt nichts Dümmeres, als zu unterstellen, dass Lehrerinnen mit Kopftuch per se indoktrinieren wollen«.

*Ernst G. Mahrenholz*: Manfred Lahnstein hat eine faszinierende historische und philosophische Darlegung der Geschichte gegeben, die uns auch zu der heutigen Verfassung und zu dem Begriff des Verfassungspatriotismus geführt hat. Ich möchte daran mit der konkreten Frage anknüpfen, wie wir es denn nun unter dem Begriff der Kultur mit den hier lebenden Muslimen halten wollen, denn in diese Frage mündet ja die Problematik.

Was mit dem Prozess der ›Säkularisation‹ angesprochen wurde, möchte ich vertiefen: Die Geistesgeschichte in Deutschland und in Westeuropa – und neuerdings zunehmend in ganz Europa – hat sich in ihrem Verlauf im Hinblick auf das kulturelle Selbstverständnis von der christlichen Kirche losgelöst. Die Französische Revolution beschleunigte diesen, auf die Frei-

heitsrechte und auf die Idee der Volkssouveränität gegründeten Prozess der Säkularisation. Zu den Freiheitsrechten gehören aber nicht nur die Religionsfreiheit und die Freiheit des Atheisten, seine Auffassung zu bekennen, sondern ebenso die Meinungsfreiheit, die man auch gegenüber der Regierung in Anspruch nehmen darf.

Der Philosoph *Immanuel Kant* hat in seiner kleinen Abhandlung unter der Überschrift *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung* alles Nötige dazu niedergeschrieben. Dort heißt es u.a., dass man von der Vernunft

einen »öffentlichen Gebrauch« machen müsse und selbstverständlich auch Regierungen kritisiert werden müssten. Dagegen hat die katholische Kirche noch fast ein Menschenalter nach der Französischen Revolution opponiert. Man vertrat die Auffassung, dass die »ungezügelter« Meinungsfreiheit ganze Völker notwendigerweise in den Abgrund führe.

Papst *Pius IX.* stützte sich dabei auf den *Syllabus*, eine Sammlung der »Irrtümer der Zeit«, der im Grunde alles aufführte, was uns heute an Grundrechten

lieb und teuer ist – einschließlich der Prinzipien der Volkssouveränität und des Rechtsstaats. Die Wende für die Kirche brachte erst das Zweite Vatikanische Konzil. Seither wird auch hier die Religionsfreiheit als Recht des Individuums verstanden, das über eine unveräußerliche Würde verfügt. Diese Anerkennung der Würde des Menschen führt vom »Recht der Wahrheit« zum Recht der Person. Die Person und ihre Würde stehen im Zentrum, und selbstverständlich gehört die Meinungsfreiheit dazu. Konsequenz



Ernst G. Mahrenholz

der Meinungsfreiheit ist, das hat die Geschichte ergeben, die Loslösung und Abtrennung der Kultur von der Religion.

Von diesem Ausgangspunkt ist auch die Frage nach dem Umgang mit den Muslimen anzugehen. Im Islam gibt es keine Trennung von Religion und Kultur. Nur wenige muslimische Theologen denken darüber anders und vertreten so etwas wie einen islamischen Protestantismus. Aber der Islam ist ein facettenreiches Gebilde und keineswegs so gleichgerichtet wie die katholische Kirche des 19. Jahrhunderts. Der Islam kennt kein weltliches Oberhaupt, ähnlich wie die Protestanten, die auch keine verbindliche Instanz haben, sondern auf Dialog und Diskurs angewiesen sind, um zu Glaubensgewissheiten zu kommen. Der Islam ist in seiner Vielgestaltigkeit kaum zu übertreffen, ist aber – das macht unser Problem aus – in der Kultur tief verwurzelt. Aus welcher Glaubensrichtung des Islam heraus eine Lehrerin ihr Kopftuch tragen möchte, ist für uns wenig bedeutsam. Sie möchte es tragen, und darin liegt unser Problem.

Von drei Grundgegebenheiten wird unsere Gesellschaft aber ausgehen müssen, denn diese verändern sich nicht:

Die erste besteht in der Tatsache, dass wir auf Dauer mit einem Bevölkerungsanteil von Moslems leben werden, der gegenwärtig 2,2 Millionen beträgt und in absehbarer Zeit die 3-Millionen-Grenze erreichen wird.

Die zweite Grundgegebenheit ist ein *sittliches* Verfassungsgebot: Wir haben Muslimen und damit auch ihrer Kultur mit dem Respekt zu begegnen, den die Anerkennung der Würde des Menschen fordert.

Und die dritte ist eine *politische* Grundgegebenheit: Die deutsche Politik muss auf allen Ebenen eine besser durchdachte Integrationspolitik verfolgen, auch wenn sie dazu finanziell nur schwer in der Lage zu sein scheint.

Heute stehen die finanziellen Argumente im Vordergrund. Sobald aber das Maß an Aufmerksamkeit, das wir dem Problem der Integration schulden, wirklich begriffen ist, wird die Politik ein anderes Verhältnis zu der Unausweichlichkeit dieser Aufgabe haben. Ich erinnere nur an die Schreckvokabel ›Parallelgesellschaft‹.

Der heutige Bevölkerungsanteil von zwei und mehr Millionen Muslimen veranlasst viele zu der Haltung: »Wir benehmen uns in einem anderen Lande so, wie man es dort von uns erwartet. Warum sollten wir das nicht auch von den Muslimen verlangen?« Hier hat offenbar die Politik nicht klar genug gemacht, dass es nicht um Besucher oder Gäste, nicht um Gastarbeiter oder um ›geduldete‹ Personen geht, sondern dass die meisten von ihnen ein *Aufenthaltsrecht auf Dauer* haben. Sie sind zwar keine Deutschen, haben aber wie jeder Deutsche ein permanentes Aufenthaltsrecht. Nur wenn wir das verstehen, werden wir es vielleicht schaffen, eine Gesellschaft zu entwickeln, die das *Miteinander* kennt, das *Nebeneinander* und das *Gegeneinander*, je nach dem Stand der Dinge, wie in den USA.

Dort gibt es ein geringeres Miteinander von Bevölkerungsgruppen, ebenso wie ein Neben- und Gegeneinander. Und es gibt dort – selbstverständlich – voll ausgeformte Parallelkulturen.

Wir haben im Grunde die Tatsache zu akzeptieren, dass es je nach Stadt, je nach Gelingen der Integration, zu Parallelgesellschaften kommt. Das kann sehr kooperativ sein, wie ich während meiner Zeit als Landtagsabgeordneter für Hannover-Linden, den Wahlkreis mit dem größten Anteil türkischstämmiger Bevölkerung in Niedersachsen, erfahren habe. Es kann sich ein reines Nebeneinander ergeben, bei dem man nichts miteinander zu schaffen haben will, und es kann konfrontativ werden. Wir haben uns dieser Tatsache zu stellen, denn – salopp gesagt – wir werden die Muslime nicht mehr los. Wir müssen uns auf sie einstellen.

Wir müssen auch *Respekt vor der muslimischen Kultur* entwickeln. Diese Kultur ist wie jede Kultur die Kultur von Menschen, die ihre Würde haben. Kultur ist immer Ausdruck der Menschenwürde. Ihre Ablehnung, insbesondere wenn es sich um die Kultur eines minoritären Bevölkerungsteils handelt, bringt unweigerlich auch unsere Anerkennung der Würde dieser Menschen in ein Zwielicht. Respektieren wir diese Kultur nicht, so haben wir auch ihre Menschen nicht akzeptiert.

Es geht nicht darum, ob wir diese Kultur verstehen. Es geht darum, dass wir sie in ihrer Existenz akzeptieren und in ihrem Sosein wirklich anerkennen, so wie ich als Protestant selbstverständlich die katholische religiöse Kultur akzeptiere. Ich verstehe sie nicht nur, ich akzeptiere sie und erachte sie als eine wirkliche Bereicherung. Koexistenz, wie von Herrn Lahnstein gefordert, wäre mir begrifflich zu wenig. Es muss eine *Akzeptanz* im beschriebenen Sinne sein. Das schließt nicht aus, bestimmte Äußerungsformen der Kultur persönlich nicht akzeptabel zu finden.

*Alice Schwarzer*, eine der Wortführerinnen in der Debatte um das Kopftuch an Schulen, hat das Tragen eines Kopftuchs durch Schülerinnen – was ja bei uns nicht verboten ist – eine *Schariasierung* des deutschen Rechts genannt. Damit knüpft sie an zwei Wissensbruchstücke im Bewusstsein unserer Bevölkerung an: die von der Scharia vorgesehene Strafe bei Diebstahl ist ›Hand abhacken‹, und bei Ehebruch der Frau droht deren ›Steinigung‹ – mehr weiß doch kaum jemand von der Scharia. Vertieft man sich ein wenig in die islamische Gesetzgebung und die Frage ihrer Vereinbarkeit mit unseren Grundrechten, so wird man erfahren, dass es eine ›Erklärung der Menschenrechte‹ des Islam aus dem Jahre 1990 gibt. Darin werden diese Freiheiten aufgezählt mit dem einschränkenden Zusatz: »sofern sie der Scharia entsprechen«.

An dieser Stelle beginnt für die muslimischen Rechtsgelehrten das *Auslegungsproblem*. Doch das kennen auch Christen oder Juden. Die orthodoxen Juden haben das ganze System der Demokratie, um es rechtfertigen



zu können, aus dem Talmud ableiten müssen, wie ich von Kollegen in der deutsch-israelischen Juristenvereinigung weiß. Das ist nicht einfach, aber es geschieht. Das zeigt mir, dass wir nicht glauben müssen, dass Scharia und Grundgesetz unüberwindbare Gegensätze wären.

Die Grenzen des Rechts müssen meines Erachtens dort gezogen werden, wo der kulturelle Respekt nicht nur enden *darf*, sondern enden muss. Selbstverständlich ist eine *Zwangsheirat* von Minderjährigen nicht hinnehmbar. Wenn sie außerhalb Deutschlands entschieden wird, sehe ich zwar nicht, welche Mittel dagegen wirksam sein könnten. Aber diese Problematik wird in Deutschland vielleicht noch nicht genug beachtet.

Ein ›Ehrenmord‹ ist ganz klar ein schlichter Mord, mag der kulturelle Hintergrund noch so zwanghaft sein. Hier wird meines Erachtens der Boden der Grundrechte verlassen, und ein Respekt aus Gründen der Grundrechte kommt nicht in Betracht.

Die Einordnung in die deutsche Rechtsordnung ist die Bedingung für die Berechenbarkeit und Sicherheit einer Gesellschaft insgesamt. An diesem Punkt tritt das demokratische Prinzip seine Herrschaft an, d.h. die Mehrheit bestimmt die Rechtsordnung für alle. Es gibt weder einen Grund noch eine Möglichkeit, hiervon Abstriche zu machen, weil es eben um die Sicherheit und Berechenbarkeit gesellschaftlichen Zusammenlebens geht.

Die dritte Grundgegebenheit ist die Herausforderung, der Integrationspolitik den ihr gebührenden Stellenwert zu verschaffen. Dazu gehört die Frage: Welche Ziele strebt der Integrationsprozess an? Ich habe noch keinen Politiker eine grundsätzliche Auffassung über das Ziel der Integrationspolitik vortragen hören. Wenn sie es auch nicht sagen, so denken doch die meisten: ›Wir müssen die Muslime so hinbekommen, dass sie Ruhe geben und keine Probleme machen.‹

Integration gilt als gelungen, wenn man von den Probanden nichts Böses hört. Das ist wie in der Kinderstube, wo die Erziehung perfekt erscheint, wenn die Kleinen keine Streiche machen. Tatsächlich müssen wir die Erfahrungen mit gelingender Integration und mit ihrem Mislingen sammeln und uns präsent halten, und daraus als Politiker die Konsequenzen ziehen. Ferner ist eine Schulbildung gefordert, die die Grenzen dieser Parallelgesellschaften, wo sie existieren, durchlässiger zu machen in der Lage ist – einfach indem sie *Aufsteiger* hervorbringt. Diese Aufsteiger sind nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Bildungsgerechtigkeit wünschenswert, sondern auch, weil wir in Deutschland langfristig darauf angewiesen sind, dass unsere geistigen Kapazitäten das hervorbringen, was wir brauchen, um in der Welt zu bestehen. Es kommt darauf an, *jede* vorhandene Begabung zu entwickeln, und deshalb können uns 2-3 Millionen Moslems und ihre Kinder nicht gleichgültig lassen.

Wir dürfen im Bildungsbereich nicht einfach resignieren, sondern sollten bedürftige Schüler wie in englischen Schulen mit Kursen für *slow learners* und *bad readers* fördern.

Unsere Gesellschaft muss am *Recht der Einbürgerung* interessiert sein. Dabei sollte nicht der Vorzug im Vordergrund stehen, den ein Ausländer sich von der Einbürgerung verspricht. Zwar ist es für ihn wichtig, mit dem deutschen Pass durch die halbe Welt reisen zu können, vor Ausweisung geschützt zu sein oder es mit seinem deutschen Pass bei Behördengängen leichter zu haben. Das deutsche Interesse kann aber nur darin liegen, durch die Einbürgerung einen *Bürger* zu gewinnen. Dann ist dieser Rechtsakt nicht länger das *Mittel* der Integration, wie man immer gemeint hat, sondern ihr *Zweck*. Ist jemand wirklich integriert – dazu ist es in erster Linie Voraussetzung, die deutsche Sprache zu beherrschen –, kann man daran denken, ihn einzubürgern. Je besser die sprachlichen Fähigkeiten sind, umso größer wird auch das Vertrautsein mit der Kultur sein. Man kann auch Fragen nach der jüngeren deutschen Geschichte stellen, um zu erfahren, ob er mit unserer Kultur vertraut ist. Man darf bei der Einbürgerung durchaus höhere Ansprüche stellen als bei der Zuwanderung.

Die Forderung nach dem ›Eid auf die Verfassung‹ halte ich aber für abwegig. Denn was besagt der Eid? Für Deutsche fordert z.B. der Diensteid bei Antritt eines öffentlichen Amtes, sich in der Ausübung des Berufs innerhalb des von der Verfassung geordneten Rahmens zu bewegen. Diesen Diensteid halte ich für wichtig, aber nicht den Bürgereid.

Wo wäre demgegenüber der tragende Gesichtspunkt für einen Migrantereid zu finden? Gewinnt der Eid auf die Verfassung an Bedeutung, oder verliert er nicht durch einen solchen Akt?

Schließlich möchte ich noch den Blick auf die kommunalen Verhältnisse schärfen. Nach meiner Auffassung weisen Parallelgesellschaften ein osmotisches Austauschverhältnis zur deutschen Gesellschaft auf. Sie bleiben aber existent; auflösen können wir sie nicht. Allerdings sollten wir nicht verkennen, dass diese Parallelgesellschaften nicht überregional, sondern nur kommunal existieren. Für die heutige jüngere und die künftigen Generationen der Immigranten ist die jeweilige Stadt, in der sie groß geworden sind oder werden, ihre Heimat. Auch unsere Heimat ist ja in erster Linie unsere Heimatstadt, nicht unser Staat. Wir sollten nicht meinen, Migranten ließen sich für eine allgemeine ›Heimat Deutschland‹ gewinnen. Mit einer ›Heimatstadt Osnabrück‹ können wir es aber versuchen. Diese kommunale Strategie müsste daran gehen, das Heimatgefühl für den Wohnort bewusst zu entwickeln und zu stärken. Das Ziel wäre die Identifikation mit der Stadt über das eigene Viertel hinaus. Und notwendig scheint es mir, wie bei jeder Integrationsmaßnahme, Migranten an der Erarbeitung einer solchen Strategie mitarbeiten zu lassen.

*Daniela De Ridder:* Herr Lahnstein, Sie sagten, ein Miteinander könne sowohl ein Gegeneinander als auch ein Nebeneinander bedeuten. Wie kann daraus ein ›Füreinander‹ werden? Anders gefragt: Wie würden Sie es beurteilen, wenn ein deutscher Politiker sich zur angeblich überlegenen Rolle seiner Konfession bekennt?

*Manfred Lahnstein:* Es gibt für mich keine Begründung, die Überlegenheit einer Religion über eine andere zu postulieren. Ebenso wenig gibt es für mich auch eine Begründung, die Überlegenheit der religiösen Bindung gegenüber denjenigen zu postulieren, die keine haben. Ich habe nämlich keine. Und deswegen habe ich mich auf den Grundrechtekatalog bezogen, der auch für Politiker gelten sollte.

Den Begriff der Koexistenz, der Herrn Mahrenholz ungenügend schien, habe ich bewusst gewählt. Ich stimme zu, dass dieser Begriff nur Sinn macht, wenn man ihn wieder auf den Grundrechte- und Grundwertekatalog bezieht – vor allen Dingen natürlich auf den Artikel 1: die volle Achtung der Menschenwürde, die für jeden zu gelten hat. Diese Koexistenz soll geordnet, friedlich und möglichst kooperativ sein. Die so genannten Integrationsansätze sehe ich genau deshalb als problematisch an. Ich frage mich, auf welcher Grundlage, mit welchem Ziel ›integriert‹ werden soll. So muss etwa die Existenz unterschiedlicher Sprachen in einer gemeinsamen Gesellschaft kein Nachteil sein. Wichtig ist, dass die Koexistenz eben nicht in Parallelgesellschaften ausufert. Auch in Deutschland gab es immer solche Parallelgesellschaften. Sie waren nicht durch die Sprache oder durch die kulturelle Herkunft, aber möglicherweise durch die soziale Herkunft bestimmt und hatten Grenzen, die mindestens ebenso scharf waren, wie die heute existierenden. Ein Leben mit unterschiedlichen kulturellen Identitäten in einem freien Land kann sehr wohl eine Bereicherung sein.

Ich ziehe die Grenze weiter, nämlich dort, wo es um die Werteordnung geht, vor allem dann, wenn sie religiös motiviert ist. Richtig ist, dass wir uns mit der Diskussion mit *dem* Islam so schwer tun, weil der Islam keine anerkannten Zentralautoritäten hat. Es gibt niemanden, der verbindlich sagen kann, was Muslime glauben sollen. Ich habe aus meiner Argumentation die Extremisten ausgeschlossen. Man kann sich deshalb nur auf den gemeinsamen Nenner aller Muslime beziehen. Deswegen habe ich die drei genannten elementaren Begriffe herangezogen. Wer diesen Zielen folgen will, verliert deshalb nicht seine Menschenwürde. Aber für die Koexistenz werden Grenzen sichtbar, die ich nicht mehr diskutieren kann.

*Ernst G. Mahrenholz:* Integration heißt meines Erachtens, die Menschen in Deutschland heimisch machen; ihre Kultur mögen sie behalten. Zur Kopftuchdebatte sei angemerkt, dass ich sie für publizistisch maßlos angefacht

halte. Diesen wenigen muslimischen Lehrerinnen, die mit Kopftuch in der Schule unterrichten wollen, so viel ablehnende öffentliche Aufmerksamkeit zuzuwenden, heißt für mich, desintegrative Politik zu betreiben. Muslimische Gesprächspartner haben mir bescheinigt, dass dadurch nur eine immense Solidarisierung unter den Muslimen eingetreten sei. Man muss aber versuchen, sie hier heimisch werden zu lassen, und dafür ist auch der Besuch weiterführender Schulen wichtig, denn mit einem gewissen sozialen Aufstieg kann auch das Heimischwerden in Deutschland besser gelingen.

*Publikum:* Sie haben zu Recht dazu aufgefordert, kritisch gegenüber festgelegten Identitäten zu sein. In diesen Zusammenhang passt auch der Satz des berühmten Sozialpsychologen *Erik H. Erikson*: »Identitätsfindung beginnt dort, wo Identifikation aufhört.« Sie beginnt mit der Auseinandersetzung mit einer ›fertigen‹ Identität, zu der man genötigt wird.

Wir müssen an diesen Prozess der Identitätsbildung denken, an die Tatsache, dass es auch hier einen ›gläubigen Weg‹ geben muss, der gelebt werden kann. Es wird einen europäischen Islam geben. Die Frage ist nur, wie er aussieht.

*Manfred Lahnstein:* Ich sagte, wir müssten uns darüber klar werden, dass es immer dann, wenn wir auf religiöse Grundvorstellungen kommen, weite Bereiche gibt, die wir nicht in Übereinstimmung bringen können. Dennoch müssen wir versuchen, zu dem zu kommen, was ich Koexistenz genannt habe. Es gibt weite Schnittmengen, und hier können wir uns sehr wohl um Fortschritte bemühen. Auch ich bin der Ansicht, dass sich eine europäische Version des Islam ausprägen wird. Der Islam hat das, was wir Aufklärung nennen, noch vor sich, und dies werden nach meiner Ansicht vor allem die islamischen Frauen voranbringen. Der deutlichste Punkt, an dem sich die islamische Welt in Bewegung setzen wird, ist die Frage nach dem Grundrecht der Gleichheit aller Menschen und damit auch der Geschlechter. Heute müssen wir ehrlicherweise auf bestehende Unvereinbarkeiten aufmerksam machen. Wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir sagen: »Wir haben doch alle einen Gott.« Erstens stimmt das nicht, und zweitens lässt es diesen Charakter der Offenbarungsreligionen außen vor.

*Publikum:* Religionen können nun einmal nicht anders, als Wahrheitsansprüche aus ihrer Offenbarung her formulieren. Wenn aber Religionen nicht in der Lage sind, die Wahrheit der gegnerischen Religion gleichberechtigt anzunehmen, so brauchen sie auch nicht miteinander zu reden. Folglich bleibt nur, auf einen *Contrat Social* zu hoffen, in dem man die Werte und Normen in Verfassungen, Grundgesetzen, Menschenrechts-erklärungen und Konventionen festlegt. Wäre es aber dann nicht conse-

quent, an den Schulen den Religionsunterricht wenigstens als Pflichtfach abzuschaffen und ihn zum Wahlfach zu machen?

*Publikum:* Mir erschien diffus, was über Integration gesagt wurde. Nach meiner Beobachtung ist Israel ein Beispiel für eine *nicht-integrierte* Gesellschaft mit extremen Positionen. Trotzdem funktioniert sie. Liegt es allein daran, dass dort ein gemeinsames Gefährdungspotential wahrgenommen wird? In Deutschland müssen sich Teilgesellschaften nicht solidarisieren mit der Mehrheit, weil die Gefährdung nicht offensichtlich ist.

*Publikum:* Die Werte, vielleicht auch der Schock der Moderne, werden den Koran und die islamische Gesellschaft eines Tages treffen. Leider müssen wir erfahren, dass die hier im Lande lebenden *Aleviten* von islamisch-fundamentalistischer Seite unter Druck gesetzt werden, sich als ›ordentliche Türken‹ zu benehmen. Wie verhalten wir uns da?

*Manfred Lahnstein:* Dass der Religionsunterricht Pflichtfach bleibt, ist vertretbar. Niemand wird ja gezwungen, daran teilzunehmen. Dieses Fach aufzugeben für einen so genannten Ethik-Unterricht, scheint mir vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte falsch zu sein.

Zu Israel und der Integration dort: Sie meinen wohl die Integration innerhalb des jüdischen Teils der Bevölkerung. Da bestehen wirklich erhebliche Unterschiede. Es gibt eine große Gruppe von jüdischen Fundamentalisten, die einen Gottesstaat nach dem Verständnis der jüdischen Offenbarung aufbauen wollen. Damit wird die israelische Gesellschaft fertig. Die politische Kunst besteht darin, das notwendige Maß an Zusammenhalt zu bewahren, auch wenn keine Bedrohung von außen besteht.

Was die Fundamentalisten angeht: Der Hinweis darauf, dass moderate Muslime in Deutschland durch muslimische Fundamentalisten unter Druck gesetzt werden, ist berechtigt. Das trifft bei vielen türkischen Familien im Eltern-Kinder-Verhältnis zu. Man muss sich mit denjenigen auseinandersetzen, die diesen Einfluss ausüben. Mit Verboten wird man wenig bewirken. Hamburg hat z.T. einen relativ hohen Anteil von 60-70% türkischer Schüler an den Schulen. Probleme entstehen z.B. in Bezug auf den Schwimmunterricht. Dabei wird oft die Schlüsselrolle der Imame erkennbar, die zumeist aus Anatolien kommen. Sie bleiben nur eine begrenzte Zeit, sind der deutschen Sprache nicht kundig und haben keinen Kontakt zu den deutschen Pädagogen und zu den Schulbehörden. Sie predigen in Hamburg, was in Anatolien so üblich ist. Dabei wird die in den Alltag hineinreichende, enge Verknüpfung zwischen der religiösen und der ethischen Umgebung deutlich. Wenn es nur um die Wahrheit der Offenbarung ginge, könnte man den Dingen ihren Lauf lassen. Aber es

geht eben in der Tat um Fragen auf der Ebene alltäglicher ethisch und moralisch zu begründender Entscheidungen.

*Ernst G. Mahrenholz:* Über den Religionsunterricht zu streiten ist müßig. Er ist im Grundgesetz verankert, und es wird keine Zweidrittelmehrheit für eine Änderung geben. Darüber bin ich froh, denn man darf ja wohl in der Schule noch einmal ein Fenster zur Transzendenz hin öffnen und vielleicht mal Lieder singen. Auch die arabischen Mädchen singen dann bei den Weihnachtsliedern gern mit, und das ist möglicherweise ein Punkt von Integration, von Entstehung von Heimatgefühl, von Heimischwerden. Den Religionsunterricht abzuschaffen, hielte ich für einen sehr großen Verlust.

Die Aleviten werden in der muslimischen Welt von den Sunniten und Schiiten kaum akzeptiert. Wer die religiösen Bräuche kennt, kann sich vorstellen, warum. Sie mussten ihre Heimat verlassen, da sie dort in ihrer Existenz gefährdet waren – ebenso die Jeziden, die in großer Zahl in Celle heimisch geworden sind. Dort hat sich so etwas wie eine Parallelgesellschaft ausgebildet, verbunden mit einer beträchtlichen Unterdrückung von jungen Mädchen. Es scheint, als könnten die Jeziden nur kulturell überleben als Gruppe. Niemand kann allein in einer fremden Kultur überleben. Hier die richtige Handlungsweise zu finden, ist schwierig.

Was zur Verbindlichkeit des Koran gesagt wurde, möchte ich relativieren: ›Ehrenmorde‹ z.B. kommen im Koran nicht vor. Die Zwangsheiraten sind wohl schon in der Art der Vater-Tochter-Beziehung angelegt, die allerdings bei uns nicht weiter beachtet wird. Wie überall gibt es aber auch hier das Instrument der Auslegung. Bei den Moslems durch die *Umma*, bei den Juden ist es der Talmud und bei den Christen sind es die Briefe der Kirchenväter oder Reformatoren. Diese Schriften bedürfen immer der Auslegung, denn ihre Urheber lebten nicht in unserer Gesellschaft. Auch der Text einer Sure des Koran ist nicht unmittelbar praktisch umsetzbar, sondern muss interpretiert werden, wie bei den Texten der Protestanten und der Katholiken. Über diese Schriften kann man reden – selbst in Deutschland. Ich bin sogar der Meinung, es könnte sich gerade an der Auslegung der Scharia ein Stück Vernunft entwickeln.

*Manfred Lahnstein:* Nach meiner Kenntnis besteht nicht die Möglichkeit, Widerspruch dagegen einzulegen, was in Auslegung des Korans festgelegt ist. In die Rechtsordnung des Iran wurden z.B. zur Frage des Ehebruchs Grundsätze des Koran wörtlich ins iranische Gesetzbuch übernommen. Natürlich ist der Koran auslegungsfähig. Aber es gibt keinen *Martin Luther* in der islamischen Welt.

*Publikum:* Alle Religionen haben ein gemeinsames Ziel: den Menschen und dessen *Würde*. Darüber müsste in den Religionen ein Konsens gefunden werden können. Und eine Beheimatung der Menschen, die hier leben, ist denkbar, wenn sie ein geistiges, spirituelles Entwicklungspotential in sich entfalten und damit der Gesellschaft dienen können. Dort wo sie leben, werden sie Verantwortung übernehmen müssen. Können sie das nicht, sind sie zugleich ihrer Würde beraubt. Dieser Gesichtspunkt ist unabhängig von jedem religiösen Element.

*Publikum:* Herr Lahnstein, die Mehrheit der Muslime in Deutschland, wenigstens in Niedersachsen, will eine Verbindung zwischen Grundgesetz, Scharia und Jihad. Sie wollen die Gleichheit von Mann und Frau vor der Scharia. Sie wollen das Recht auf Religionswechsel auch für Muslime. Ich bin fest überzeugt, dass wir in 10-20 Jahren eine gemeinsame Werteordnung von Muslimen und Christen haben werden. Das Problem sind die 10% in Parallelgesellschaften.

Herr Mahrenholz: Kann die Politik nicht doch in die Parallelgesellschaften hinein wirken? Können nicht Muslime Polizisten werden und dort, wohin zu gehen sich kein Polizist traut, für die Wahrung des Rechts sorgen? Können Muslime nicht Richter werden oder Abgeordnete? Gibt es nicht doch eine Chance, die Parallelgesellschaften zu beeinflussen?

*Manfred Lahnstein:* Ich sagte, wer sich der Scharia unterwirft, gerät in Gegensatz zum Grundrechtekatalog unserer Verfassung. Wer das nicht tut, sei mit offenen Armen willkommen.

*Ernst G. Mahrenholz:* Die entstehenden Parallelgesellschaften halte ich für ein schwieriges Problem. Polizisten, die dort Streife gehen, können vielleicht Diebstahl, Mord und Totschlag verhindern. Aber die Erziehung der Töchter und z.B. das Verbot ihrer Väter, sich auf der Straße aufzuhalten, weil sie dort mit jungen Nicht-Muslimen in Kontakt kommen können oder sich überhaupt wie Jungen bewegen, ist so nicht zu beeinflussen. Die Töchter werden zu Hause eingesperrt, womöglich zur Schule geschickt, aber manche dürfen nicht dorthin. Dass die Mädchen die Schulpflicht absolvieren, wird schon als eine große Konzession an die deutsche Kultur betrachtet. Ich sehe das Problem in den Familien, aber auch in der ›Selbstversorgung‹ durch eigene Anwältinnen und Anwälte, Frauenärzte und Apotheker. Da kann man nicht erwarten, dass sich daraus etwas entwickelt, was die Parallelgesellschaften überwindet. Ich setze eher auf Bildung und auf Mitwirkung in der Gesellschaft: Abgeordnete sollen sie werden, vielleicht im Rahmen einer Türkenpartei, in der sich die immerhin 660.000 wahlfähigen deutsche Türken organisieren könnten.

*Daniela De Ridder:* In Frankreich, so war jüngst zu erfahren, gibt es eine Bewegung mit dem Namen »*Ni putain ni soumise*«, zu deutsch: ›Weder Hure noch Unterworfenene‹. Sie hat sehr deutlich gemacht, dass gerade junge Frauen dort durch die so genannten ›*Integristes*‹ stark bedroht sind. Sie tragen ihren Protest massiv auch auf die Straßen und wehren sich dagegen, angespuckt zu werden, nur weil sie das Recht in Anspruch nehmen, z.B. Miniröcke zu tragen. Meine Frage: Können Sie sich eine solche Bewegung mit ähnlichen Zielen hier in der Bundesrepublik vorstellen?

*Manfred Lahnstein:* Bei vielen Anwesenden, so scheint es, besteht der fundierte Eindruck, dass sich die Welt des Islam insbesondere in Deutschland in Bewegung setzt. Ich beobachte das nicht so deutlich, will aber nicht immer nur mit negativen Gegenbeispielen antworten. So wenig wie man nur mit dem Hinweis auf *Guantánamo* gegenüber den USA argumentieren sollte, sollten die Muslime in Deutschland für einzelne ›Ehrenmorde‹ verantwortlich gemacht werden, obgleich diese mit zu unserem Thema gehören.

Auf die zuletzt gestellte Frage will ich mit einem Beispiel antworten: Ich bin Vorsitzender im *Board of Governors* der Universität Haifa, die von 20% arabischen Studenten besucht wird. Jeden Tag kommen zweieinhalb bis dreitausend arabische Studenten auf den Campus, der damit zum größten Treffpunkt zwischen Juden und Arabern auf der ganzen Welt geworden ist. In all den Jahren der so genannten *Al-Aqsa-Intifada* hat es hier keinen ernst zunehmenden Zwischenfall gegeben.

Es ist also möglich, Frieden zu halten, nicht nur im Nahen Osten. Die ZEIT-Stiftung hat ein Programm zur Förderung arabischer Studentinnen aufgelegt. Sie haben es doppelt schwer: einerseits wegen der kulturbezogenen Nachteile aller arabischen Studierenden in Israel und andererseits als Frauen, deren Familien ihr Studium für nutzlos halten. Hier können Stipendien helfen. Solche Bestrebungen gilt es zu unterstützen, allerdings unter der ganz wichtigen Voraussetzung, die in Deutschland immer betont werden muss: Wir sollten den Eindruck vermeiden, als wüssten wir alles besser.